

Riefner und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Verlagsanstalt
Tageblatt Riesa,
Grenzstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1530.
Strolche:
Riesa Nr. 52.

Nr. 256.

Dienstag, 3. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorläufig durch Abrechnung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Europa am Wendepunkt.

Die deutsch-französischen Verhandlungen beginnen. Nach wenig glücklicher Uebertahrt ist die „Isle de France“ am Montag morgen in Le Havre gelandet. Ministerpräsident Laval fuhr unmittelbar darauf nach Paris. Als er eintrat, war der deutsche Botschafter, Herr v. Doehs, von seinem kurzen Berliner Besuch bereits wieder in die französische Hauptstadt zurückgekehrt. Bei den jetzt beginnenden deutsch-französischen Verhandlungen kommt es Botschafter von Doehs fraglos zugute, daß er sich nicht nur mit Reichkanzler und Reichsaussenminister Dr. Brüning persönlich eingehend über die Politik und Taktik dieser Verhandlungen ausgesprochen, sondern auch gleich an der ersten Beratung des Ausschusses teilnehmen konnte, den der neue Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung einsetzte, um das schwere Problem des Stillhalteabkommens zu lösen, das bekanntlich am 15. Februar des nächsten Jahres besonders brennend wird.

Bei den Amerikanern hat die Auffassung der deutschen Reichsregierung, jetzt nicht den Sonderausschuß der VVZ einzuberufen, um erneut die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reichs zu überprüfen — was bekanntlich die Franzosen unterstellten —, sondern zunächst einmal sich an den Higgins-Wharton-Bericht zu halten, starke Beachtung gefunden. Gleichwohl hält sich Washington sehr zurück. Sekretär Mellon läßt kurzerhand erklären: „Die Initiative muß von Europa ausgehen.“ Offenbar wollen die Amerikaner vor der Ankunft Lavals in Frankreich keinerlei Einzelheiten über die Aussprachen und Verhandlungen veröffentlichen, die zwischen dem Präsidenten Hoover und dem französischen Ministerpräsidenten Laval in Washington getrieben wurden. Das entspricht alten diplomatischen Gebräuchen.

Der französische Ministerpräsident Laval wird in diesen Tagen seinem Ministerrat und hierauf den vereinigten Kammerausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzfragen eingehende Berichte erstatten. Wie man aus der Umgebung Lavals hört, soll sich der Herr Ministerpräsident auch mit dem Gedanken tragen, alsbald nach seiner Rückkehr von Paris aus sich telephonisch mit dem deutschen Reichkanzler Dr. Brüning in Verbindung zu setzen, um durch diese neue und große Geste den Beginn normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich anzukündigen. Warten wir einmal ab. Mit wirtschaftspolitischen Gebieten, das bekanntlich der neue französische Botschafter in Berlin, Francois-Boncet, besonders beackern will, werden jetzt schon eine ganze Reihe von Vorträgen erörtert. Man spricht von dem Bau europäischer Verkehrsstraßen, der Erweiterung des Eisenbahnnetzes auf dem Balkan, einer einheitlich geregelten Erzeugung und Verteilung der elektrischen Energien Europas, von einer internationalen Bewertung der Wasserkraft, von großen Kanalbauten und Hafenanlagen in Frankreich und in den französischen Kolonien und ähnlichen weittragenden Fragen mehr. Wie aber deutsche Arbeit und französisches Kapital praktisch zusammen kommen sollen, ist erst noch zu klären.

Viel wichtiger will uns die Schaffung stabiler Geld- und Kreditverhältnisse erscheinen. Sie ist jedenfalls die vorrangigste Aufgabe, vor der nicht nur wir, sondern mit uns die ganze Welt steht. Der Wiederbeginn ungestörter deutsch-französischer Verhandlungen kann zu einem neuen Wendepunkt in der Weltwirtschaftsstrategie führen, in der wir uns befinden. Längst herrscht darüber völlige Einmütigkeit, daß die Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen der Völker nicht nur eine Angelegenheit der Wirtschaftsführer, sondern vor allem Dingen der verantwortlichen Staatsmänner der Großmächte ist. Ohne die ständigen inkompatiblen politischen Einflüsse und Einwirkungen auf die Wirtschaft, durch die Friedensverträge, die Reparationen, Regierungsschulden, Zölle, durch den Interventionismus und die Aufrüstung hätte die Flucht aus dem Vertrauen niemals das nunmehr erlebte Ausmaß annehmen können. Wir wären aber Phantasten, wenn wir annehmen würden, daß alle diese Hindernisse einer wirklich radikalen Vereinigung der Wirtschaftskräfte in nächster Zeit, in wenigen Monaten oder auch nur in einigen wenigen Jahren ausgeräumt werden könnten. Aber die nächsten Monate müssen zeigen, ob die verantwortlichen Regierungsmänner gewillt sind, den Anfang zur Umkehr zu machen.

Wir sind uns darüber einig, daß die vorrangigste Aufgabe, die gelöst werden muß, darin besteht, das Geld- und Kreditwesen zu normalisieren. Wir verstehen darunter einmal die Stabilisierung der schwankenden Währungen, wobei es sich jetzt schon um etwa zwei Dutzenden von Währungen handelt und die Auslösung der festgefrorenen Milliardenbeträge ausländischer Kreditschulden bei uns und in der Welt. Im Deutschen Reich handelt es sich bei den kurzen Krediten nach Ausweis einer der letzten Statistiken unserer Reichsbank um rund 12 Milliarden RM., von denen wir jetzt fast 8, 8.5. erfreulicherweise schon rund eine Milliarde RM. zurückbezahlt haben. Dem muß aber hinzugefügt werden, daß die Möglichkeit der Rückzahlung unserer ausländischen Kreditschulden aufs engste mit der Höhe unserer fremden Gesamtverbindlichkeiten zusammenhängt. Der Higgins-Wharton-Bericht hatte noch angenommen, daß die kurzfristigen Kredite, die wir aufnehmen, sich auf „nur“ 7 Milliarden Reichsmark belaufen werden. Die neueste Reichsbank-Statistik hat uns eines besseren belehrt. Unsere privatwirtschaftlichen Gesamtverbindlichkeiten an das Ausland belaufen sich tatsächlich auf insgesamt 28 bis 29 Milliarden

Deutschlands Zustimmung zum Rüstungsfeierjahr.

W Berlin. Die Reichsregierung hat nachstehendes Schreiben, das von Reichkanzler Dr. Brüning in Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsaussenministers gesehnet ist, an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet:

Herr Generalsekretär!

Auf Ihr Schreiben vom 2. Oktober 1931 beehre ich mich Ihnen namens der Deutschen Regierung folgendes mitzuteilen:

In dem Bestreben, jede Maßnahme zu unterstützen, welche die Arbeiten der Abrüstungskonferenz erleichtern könnte, erklärt sich die Deutsche Regierung bereit, dem am 29. September 1931 von der Völkerbundsversammlung vorgeschlagenen einjährigen Rüstungsstillstand anzunehmen. Sie tut dies in der Annahme, daß die Antworten der anderen Regierungen, deren Mitteilung sie entsprechend dem vom Räte am 30. September d. J. angenommenen Bericht entgegensteht, ebenfalls eine Zustimmung ohne wesentliche Vorbehalte enthalten.

Als Vertreter eines Landes, das bereits auf Grund vertraglicher Bindungen seine Rüstungen auf ein Minimum hat herabsetzen müssen, lege ich Wert darauf, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die durch den einjährigen Rüstungsstillstand sich ergebende Begrenzung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand nur als vorbereitender Schritt zur Erleichterung der Verhandlungen der kommenden Abrüstungskonferenz, nicht als eine Maßnahme zur Erfüllung der ihr gestellten Aufgabe angesehen werden kann. Denn diese besteht nicht in einer Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes; sie umfaßt vielmehr vor allem eine wirksame Rüstungsbeschränkung bei den hochgerüsteten Staaten, die von dem Grundgedanken der Gleichberechtigung und des gleichen Rechts auf nationale Sicherheit für alle Signatarstaaten ausgehen muß.

Ich bitte Sie, die zur Abrüstungskonferenz eingeladenen Regierungen von diesem Schreiben in Kenntnis zu setzen. Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Brüning.

Es ist nicht uninteressant, noch einmal auf die Vorgeschichte der Idee des Rüstungsfeierjahres hinzuweisen. Es war ursprünglich der italienische Außenminister Grandi, der den Gedanken propagierte. Die skandinavischen Staaten, sowie Holland und die Schweiz haben den Gedanken in die Form einer Entschickung gefaßt, die der Völkerbund annehmen sollte und die das Erfordernis enthalten sollte, daß die Staaten in dem Feierjahr das Niveau ihrer Rüstungen nicht erhöhen dürften. Dieser Entschickungsentwurf sollte den Sinn seiner Forderung noch durch bestimmte Einzelvorschlüsse auf den verschiedenen Rüstungsgebieten, Landwehr, Marine und Flugwesen erläutern. Der französische Vertreter war ursprünglich dem Plan eines derartigen Beschlusses der Völkerbundsversammlung durchaus abgeneigt. Er meinte, eine solche Entschickung wäre Sache der kommenden Abrüstungskonferenz. Die Tatsache, daß es den vereinten Bemühungen der anderen Staaten, insbesondere der Italiener, der Engländer, der Deutschen aber auch des amerikanischen beratenden Vertreters gelungen ist, diesen französischen Widerstand schrittweise zu überwinden, zeigt einen beachtlichen politischen Erfolg, der an deutscher maßgebender Stelle sehr wohl gewertet wird. Es liegt nunmehr die Tatsache vor, daß die Völkerbundsstaaten sich verpflichten wollen, ihre Rüstungsausgaben für die Zeit vom 1. November d. J. bis zum 1. November 1932 nicht zu erhöhen. Innerhalb des Budgets können die Summen für die Rüstungen selbstverständlich nach Wunsch des Staates ausgegeben werden, wenn nur keine Erhöhung des Gesamtbetrages erfolgt. Deutschland wäre danach in der Lage, auch im Rüstungsfeierjahr seine Marine-Erweiterungen weiter zu führen. Durch diesen Beschluß der Völkerbundsversammlung ist als politisches Aktivum vor allem zu erwähnen, daß die kommende Abrüstungskonferenz nicht erst durch Verhandlungen über eine Rüstungsstillhaltung ausfallen wird, sondern gleich mit der Abrüstung der hochgerüsteten Staaten beschäftigt kann.

Um die Stillhaltefrage und von Doehs' Pariser Aufgabe.

* Berlin. Eine Berliner Korrespondenz berichtet, daß der deutsche Botschafter von Doehs in Paris u. a. einen Vorschlag unterbreiten werde, sieben Milliarden kurzfristige Kredite innerhalb von 10 Jahren in Jahresraten von je 700 Millionen Mark zurückzahlen. Von den schwedenden

Reichsmark. Schon daraus ergibt sich, daß ein innerer und sehr enger Zusammenhang zwischen deutschen Reparationszahlungen und der Zurückzahlung der deutschen Auslandskredite besteht.

Aus diesen Gründen erscheint es uns auch durchaus zweckmäßig, daß in den deutsch-französischen Verhandlungen gleichzeitig über unsere privatwirtschaftlichen Auslandschulden und über die Reparationsfragen verhandelt wird. Dadurch werden die Gläubiger-Straten gewonnen, darüber zu entscheiden, ob sie ihrer ersten oder zweiten Hypothek, die sie auf Deutschland gesetzt haben, ob sie den Re-

parationsschulden oder den privaten Schulden, den Vorrang geben wollen? Daß alle wirtschaftliche Vernunft diesmal gegen die erste Hypothek, gegen die Reparationen spricht, ist nicht nur die deutsche Auffassung. Wir gehen kaum fehl, wenn wir annehmen, daß diese Ansichten in der Umgebung des Reichkanzlers Dr. Brüning während der letzten Tage eine sehr wichtige Rolle spielten. Wenn hier die politische, wie die wirtschaftliche Vernunft sich bei den deutsch-französischen Verhandlungen durchzusetzen vermöchte, dann wäre sehr bald ein schweres Hindernis für die Wiederbelebung der Weltwirtschaft überwunden.

kurzfristigen Krediten in Höhe von 11½ Milliarden liefen 4½ Milliarden entweder als Rembourskredite oder in einer Weise, daß sie sich den Stillhalteverhandlungen aus volkswirtschaftlichen Gründen entziehen müßten. Für die restlichen 7 Milliarden Mark aber müßte ein Abkommen getroffen werden, das mit unserer Handelsbilanz und mit der Kaufkraftfähigkeit der fremden Länder für deutsche Waren in Einklang gebracht werden könne.

Hierzu wird von unternichteter Seite bemerkt, daß der Botschafter von Doehs kaum den Auftrag erhalten haben dürfte, einen derartigen Vorschlag zu übermitteln. Wichtig ist hingegen, daß die Beratungen über die Erhebung des Stillhalteabkommens durch ein endgültiges Abkommen auf einen langjährigen Zahlungsplan hinauslaufen. Die Einzelheiten dieses Zahlungsplanes stehen jedoch noch in keiner Weise fest, alle Mitteilungen über Einzelheiten der Gesamthöhe der Verpflichtungen Deutschlands und der Höhe der Jahresrückzahlungen eilen mit den Tatsachen voraus.

Weitere Zugaben zum Rüstungsfeierjahr.

* Genf. Am Montag morgen hat das Völkerbundssekretariat noch vier weitere Zugaben zum Rüstungsfeierjahr empfangen, und zwar von England, Estland, Litauen und Polen. Portugal hat seine Zustimmung bereits angemeldet.

„Giornale d'Italia“ zur Annahme des Rüstungswaffenstillstandes.

* Rom. Das italienische „Giornale d'Italia“ bringt seine Genehmigung über die Annahme des Rüstungswaffenstillstandes durch fast alle Staaten, an die die Aufforderung gerichtet war, zum Ausdruck. Diese Tatsache sei um so bedeutungsvoller, als die von einigen Staaten gemachten Vorbehalte nicht von allzu großer Tragweite zu sein scheinen. Die Zustimmungen zum Rüstungswaffenstillstand müßten geeignet sein, jene Atmosphäre der größeren Ruhe und des Vertrauens zu schaffen, die für die Vorbereitung der bevorstehenden Abrüstungskonferenz erforderlich ist.

Die Pariser Presse schafft „Atmosphäre“.

* Paris. Die Pariser Abendpresse gibt sich alle Mühe, die für die kommenden deutsch-französischen Verhandlungen ihrer Auffassung nach notwendige „Atmosphäre“ zu schaffen, indem sie an die Bedingungen erinnert, die Ministerpräsident Laval dem Reichkanzler Brüning gelegentlich seines Pariser Besuches angeblich vorgelegt und von deren Erfüllung er jede finanzielle Unterstützung Deutschlands abhängig gemacht haben sollte. Man fragt sich allerdings, ob Deutschland in diesem Augenblick bereit sei, die in der französischen Öffentlichkeit jetzt vertretenen Forderungen anzunehmen, man hält es für unwahrscheinlich, daß der Einfluß der Nationalsozialisten auf die Reichsregierung noch stärker geworden sei.

Das Journal des Debats erklärt ganz unzweideutig, daß Deutschland zu allererst auf seine Revisionspolitik verzichten müsse. Laval dürfe durch die Annahme, die er in Amerika gefunden habe, und durch den Erfolg, den er dort zu verzeichnen hatte, nicht zu Unvorsichtigkeiten verleitet werden. Er werde seine ganze Kraft anwenden müssen, um den Anstürmen standzuhalten, die nunmehr deutscherseits gegen ihn erfolgen würden. Der Chefredakteur des Antifranzösischen fordert die vorherige Vereinnahmung sämtlicher zwischen Deutschland und Frankreich noch offenen politischen Fragen, ehe man überhaupt an die Erörterung des Finanzproblems gehe.

Laval wieder in Paris.

* Paris. Ministerpräsident Laval ist gestern um 14.06 Uhr französischer Zeit mit dem Transatlantique-Zug auf dem Bahnhof St. Lazare einetroffen. Auf dem Bahnhof St. Lazare wurde der Ministerpräsident von einigen seiner Ministertkollegen sowie einer größeren Menge erwartet.

Laval begab sich sofort ins Innenministerium. Auf dem Platz vor dem Gebäude bereitete eine große Volksmenge dem zurückgekehrten Ministerpräsidenten eine Ovation. Dieser erklärte zu den Journalisten, er sei mit seiner Reise zufrieden, und er werde heute nachmittags um 16 Uhr dem Präsidenten der Republik einen Besuch abstatten. Er hoffe, daß seine Reise nach Amerika nicht zwecklos gewesen sein werde.